

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 20 (1940-1941)
Heft: 4-5

Artikel: Ein notwendiger Schlussstrich
Autor: Ammann, Hektor
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158763>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Doch auch hier, wie auf den übrigen Gebieten, möge der bewährte Grundsatz unseres politischen Lebens in Ehren gehalten werden, nach dem die staatliche Einflussnahme auf das unerlässliche Minimum beschränkt werden soll. Eingriffe schwerwiegender Natur haben sich unter dem Einfluß des Krieges auch bis heute nicht vermeiden lassen. Es ist aber darauf Bedacht zu nehmen, daß die Erfordernisse des Einfügens in die neuen europäischen Verhältnisse nicht ohne Not zu einer Verstärkung des staatlichen Apparates benutzt werden. Die Diskussion um die kommende „Planwirtschaft“ hat solche Bestrebungen zweifellos bereits gefördert. Wir hoffen, daß die Reise der freien Wirtschaft sich noch rechtzeitig regen werden, damit gewisse unbestreitbare Erfordernisse nicht zum Vorwand für eine hemmungslose Aufblähung unserer Bundesbureaucratie genommen werden, womit unser „Neuaufbau“ eine eigentümliche und höchst unerwünschte Wendung nähme. Gewisse Erfahrungen mit kriegswirtschaftlichen Ämtern mahnen übrigens zur Vorsicht. Wenn wir in diesen Belangen einem staatlichen „Totalitarismus“ versallen sollten, so müßten, darüber sollte Klarheit herrschen, zahlreiche Voraussetzungen für die Bewahrung unserer freiheitlichen Organisation als beseitigt betrachtet werden.

Damit aber wäre der Neubau unserer Eidgenossenschaft überhaupt gefährdet. Denn eine solche Entwicklung müßte die Grundlage unseres staatlichen Aufbaus, die Selbständigkeit der Kantone, bedrohen und damit die Idee der Schweiz überhaupt in Frage stellen. Hier liegt zweifellos eines der schwersten Probleme unserer Zukunft als freies Land beschlossen. Es erfordert unsere ganze Wachsamkeit.

* * *

Seit dem Aufruf des Bundesrates vom 25. Juni sind über fünf Wochen verstrichen. Viele von uns warten der Taten, die das Element jener Worte zu bilden haben. Fast scheint es, als sei der drängende Ernst unserer Lage im eidgenössischen Blickfeld bereits wieder etwas seitlich verschoben worden. Allein nichts wäre verhängnisvoller.

Denn wir haben keine Zeit zu verlieren.

Zürich, den 2. August 1940.

Jann v. Sprecher.

Ein notwendiger Schlüßstrich.

Bon Hector Ammann.

Cine schwere innere Erschütterung hat unser Volk in der zweiten Hälfte des Monats Juni angesichts des französischen Zusammenbruchs erlebt. Bundesrat und Volk hatten einhellig das Gefühl, daß nun eine neue Zeit anbräche und daß auch unser Land sich dementsprechend einstellen müsse. Überall sprach man davon, daß etwas geschehen müsse. Niemand aber wußte genau zu sagen, was denn nun getan werden solle, und alle Aufrufe, die Betrachtungen, die Reden und Resolutionen zeichneten sich durch ihre gleichmäßige Unbestimmtheit im Tatsächlichen und Greifbaren aus, während dafür der großen Worte nicht genug getan werden konnten und können. Nun sind bereits fast zwei Monate seit dem französischen Zusammenbruch vergangen und noch zeigt unser Land dasselbe Bild unklar durcheinander wimmelnder politischer Bestrebungen und Wünsche auf der einen Seite

und dementsprechend völliger Tatentlosigkeit auf der andern Seite. Das aber hat in der Volksmasse und — wie man sagt — gelegentlich auch viel weiter oben dazu geführt, daß man den ersten Schreck beinahe schon vergessen hat und langsam in das frühere mehr oder weniger behagliche Alltagsleben zurück sinkt.

Das ist eine gefährliche Geisteshaltung in einem Augenblick, in dem jeder Einsichtige sich darüber klar sein muß, daß unser Land nie vor ernstern Entscheidungen stand seit 1798, seit dem Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft der 13 Orte. Es handelt sich nicht mehr um eine innerpolitische Auseinandersetzung, wie sie immer wieder von Zeit zu Zeit mit so viel Lärm durchgesuchten wurde, sondern es handelt sich außenpolitisch um den Bestand unseres Landes. Da darf man füglich einstweilen die innerpolitischen Pläne etwas auf die Seite rücken und zunächst die gesamte Aufmerksamkeit auf die Sicherung der außenpolitischen Stellung unseres Landes zusammenfassen. Man wird sich darüber klar sein müssen, daß keine Kraftmeiereien und keine noch so hochtrabenden Sprüche unserm kleinen Lande in diesem großen Staaten wie Kartenhäusern umwessenden Sturme irgend etwas helfen können. Wir haben Jahre voller Illusionen hinter uns. Wir machten uns Illusionen über den Ablauf des großen Weltgeschehens und ganz besonders über unsere Bedeutung in diesem Geschehen. Ob wohl die maßgebenden Formen der öffentlichen Meinung unseres Landes in dieser Zeit der Illusionen heute einsehen, was sie angerichtet haben, und persönlich und sachlich daraus die unbedingt notwendigen Folgerungen ziehen? Ob wohl die verantwortlichen Stellen unseres Landes bereit sind, ihrerseits mit der drängenden Zeit entsprechenden Entschlossenheit zu handeln und auf der rechtzeitigen Durchführung des Beschlusses unbeugsam zu bestehen? Wir sehen noch nichts davon und doch bleiben uns nur noch kurze Wochen zur bestmöglichen Vorbereitung der künftigen, rasch heran nahenden Entscheidung über das Schicksal unseres Landes!

* * *

Zu den notwendigen Vorbereitungen gehört unbestreitbar und zweifelsfrei der Abschluß des Kapitels schweizerischer Außenpolitik, das sich während der letzten zwei Jahrzehnte abgespielt hat, nämlich der schweizerischen Völkerbundspolitik. Es ist Zeit, unter dieses Kapitel der Irrungen und Wirrungen schweizerischer Außenpolitik den endgültigen Schlußstrich zu ziehen!

1920 hat das Schweizervolk auf das dringende Anraten des einstimmigen Bundesrates und der großen Mehrheit der Bundesversammlung nach einem heftigen Meinungskampf den Beitritt zum Völkerbund beschlossen. Man war sich klar darüber, daß man damit den seit nunmehr vier Jahrhunderten traditionellen Weg unserer Außenpolitik verließ und unsere allseitige und uneingeschränkte Neutralität aufgab. Diese völlige

Neutralität hatte sich zwar in der großen Feuerprobe des Weltkrieges und in der ganzen Zeit seit dem Wiedererstehen einer unabhängigen Eidgenossenschaft im Jahre 1815 durchaus bewährt. Man hatte auch eigentlich alles bei uns keine Lust, von der Neutralität abzugehen. Man vermochte sich jedoch dem Eindruck des großen Sieges der Entente nicht zu entziehen und hielt es für notwendig, den Anschluß an diese nach allgemeiner Ansicht auf absehbare Zeit hinaus in Europa unbeschränkt herrschende Mächtegruppe nicht zu verpassen. Über den unangenehmen Gedanken, daß damit die Schweiz sich doch auf das Glatteis der großen Politik begebe, tröstete man sich mit der offenen oder geheimen Hoffnung, daß man in schwierigen Lagen sich doch wieder irgendwie zur Neutralität zurück finden werde.

Zwei Jahrzehnte Völkerbundspolitik haben den Warnungen der Völkerbundsgegner im schweizerischen Abstimmungskampf von 1920 vor dem nutzlosen und unzuverlässigen Genfer Apparat durchaus recht gegeben. Der Völkerbund hat bei allen großen Entscheidungen versagen müssen, dafür aber umso mehr Gelegenheit zu diplomatischem Intriguenspiel gegeben. Ist so durch das diplomatische Getriebe von Genf aus auch sehr oft politische Beunruhigung in Europa und auch in unserm Land geschaffen worden, so hat uns andererseits doch gerade das Versagen des Völkerbunds bei den politischen Entscheidungen vor der befürchteten engen Verwicklung in viele fremde Händel bewahrt. Die Schweiz konnte im Schatten einer „differenzierten“ Neutralität ihr außenpolitisches Eigenleben einigermaßen weiter führen, ohne daß der Völkerbund darauf allzu viel Einfluß gehabt hätte. Eines muß freilich festgestellt werden: Die leitenden Köpfe unserer „führenden“ Blätter haben durch ihre stete Teilnahme am politischen Intriguenspiel in Genf einmal die Erkenntnis der Bedeutungslosigkeit unseres Landes in den großen politischen Entscheidungen verloren und dafür jene wichtigtuerische Einmischung in alle Welthandel und jene schrankenlose Parteinahme in den politischen Angelegenheiten des Auslandes gelernt, die unsere außenpolitische Stellung in den letzten Jahren gekennzeichnet, aber auch vergiftet hat. Das darf von unserer Seite dem Völkerbund nicht vergessen werden, denn wir haben an dieser Belastung heute schwer zu tragen.

Brenzlich wurde unsere Teilnahme an der Völkerbundspolitik erst in dem Augenblick, wo in Genf das englische Kesseltreiben gegen unsern großen Nachbar im Süden wegen seiner Abessinienpolitik begann. Als der Völkerbund die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Italien beschloß und wir dabei mitmachen sollten, da standen wir vor einer schweren Wahl. Die öffentliche Meinung verlangte bei ihrer guten Vorbereitung durch unsere so wohl geleitete große Presse natürlich das Mitmachen bei den Sanktionen gegen Italien. Da hat es unser Außenminister Motta trotz aller seiner Völkerbundsbegeisterung und trotz seiner tiefen Verwicklung in das Genfer Getriebe bemerkt, daß hier entscheidende Interessen unseres Landes auf dem Spiele standen. Er hat, trotz vieler Anfeindungen im Lande selbst, das

bedingungslose Mitmachen bei den Sanktionen verweigert und damit tatsächlich unsere Beziehungen zu Italien vor einer schweren und lange nachwirkenden Störung bewahrt. Heute noch spricht Italien mit großer Bitterkeit von allen jenen, die es 1937 durch die Sanktionen in die Knie zwingen wollten. Glücklicherweise sind wir nicht dabei! Bei dieser Gelegenheit hat es sich aber mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Schweiz mit einer differenzierten Neutralität und mit einer wirklichen Teilnahme an der Völkerbundspolitik einer Verwicklung in die immer drohender heraufsteigenden Entscheidungen nicht entgehen konnte.

Aus dieser Erkenntnis zogen allerdings weder unser Außenminister, noch Bundesrat und Parlament, noch gar unsere öffentliche Meinung die einzige mögliche Folgerung, daß unsere uneingeschränkte Neutralität nun eben schleunigst wieder hergestellt werden müsse. Diese Folgerung wurde bei uns lediglich von jenen Kreisen gezogen, die schon 1920 im Beitritt zum Völkerbund eine Gefahr erblickt hatten und die seither im „Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz“ zusammengeschlossen immer wieder jede allzu enge Bindung an den Völkerbund bekämpft haben. Sie erhoben nun mit aller Schärfe die Forderung nach der Rückgewinnung unserer völligen Neutralität und vertraten sie eifrig in der Öffentlichkeit. Als Bundesrat und Parlament kein Verständnis zeigten, beschlossen sie, zu versuchen, ihre Forderung auf dem Weg der Initiative durchzusetzen. Bereits war die Neutralitätsinitiative beschlossen, da änderte sich unsere Lage noch einmal von Grund aus. Allen Beteuerungen der Führer unserer öffentlichen Meinung entgegen trat Italien plötzlich im Dezember 1937 aus dem Völkerbund aus, während sich gleichzeitig die internationale Lage immer mehr verschlechterte. Da entschloß sich Herr Motta, trotz seines früheren Widerstandes, zur Rücknahme unserer völligen Neutralität, entgegen der Meinung aller außenpolitischen Korinphäen unserer Parteien und fast unserer ganzen Presse. Damit erwarb sich Herr Motta noch einmal ein entschiedenes Verdienst um unser Land; er hat gerade noch rechtzeitig die Gefahr erkannt, in die uns sein und des gesamten Bundesrates bisheriger außenpolitischer Kurs nun unweigerlich geführt hätte. Damit war die Neutralitätsinitiative hinfällig und zur allgemeinen Überraschung erhielt die Schweiz zu ihrer Rückschwenkung auf die uneingeschränkte Neutralität auch ohne besondere Anstrengungen die Zustimmung der Völkerbunds mächtige. Gleichzeitig erneuerten auch Deutschland und Italien die Anerkennung der Neutralität der Schweiz. So erwarb sich die Schweiz unmittelbar vor dem Beginn der neuen großen europäischen Auseinandersetzung ihre traditionelle Abseitsstellung von neuem. Es ist nicht die Schuld Mottas, daß diese günstige rechtliche Stellung durch den maßlosen Einsatz eines Teiles unserer Presse und unserer öffentlichen Meinung im Kampf der europäischen Parteien zum Teil wieder verwirkt wurde.

Heute ist die Schweiz immer noch Mitglied des Völkerbundes. Sie hat zwar schon beim Beitritt von 1920 ihre Neutralität bei bewaffneten Konflikten vorbehalten und bloß ihre wirtschaftliche Neutralität geopfert. Sie war also damals schon zwar gleichberechtigtes, aber nicht unbedingt gleichverpflichtetes Mitglied. Sie hat dann 1938 einen weiten Teil der Verpflichtungen abgeschüttelt und damit auf die politische Betätigung im Völkerbund tatsächlich verzichtet. Sie blieb aber Mitglied, hat ihren Beitrag bezahlt und sich an den akademischen Erörterungen in Genf über Wirtschaftsfragen und kulturelle Angelegenheiten weiter beteiligt. Inzwischen aber ist der Völkerbund immer mehr zusammengeschrumpft und stellt heute eine ausgesprochene Minderheit nicht nur der Großmächte, sondern auch der mittleren und Kleinstaaten dar, eine sehr ausgeprägt zusammengesetzte Minderheit sogar. Der Völkerbund bleibt so für die Staaten der Achse, für Japan, für Russland und andere mehr ein beliebtes Angriffsobjekt, eben als Gruppierung ihrer um England gescharten Gegner.

Unter solchen Umständen erscheint es absolut gegeben, daß die Schweiz ihre Folgerungen zieht. Diese Folgerungen können nur im sofortigen Austritt aus dem Völkerbund bestehen. Die Zugehörigkeit zum Völkerbund bedeutet heute bereits eine einseitige Festlegung. Die Zugehörigkeit der Schweiz zum Völkerbund nützt niemanden etwas, sie läßt sich aber mit unserer Neutralität nicht mehr vereinbaren. Deshalb möge man unter dieses Kapitel schweizerischer Außenpolitik endlich den Schlussstrich ziehen.

Der Weg dazu ist einfach. Der Bundesrat besitzt seine Vollmachten, hat davon schon 1937 einmal in Völkerbundsangelegenheiten Gebrauch gemacht und kann heute ruhig im sofortigen Entschluß den Schnitt vollziehen. Dabei bleibt der Bericht an das Parlament vorbehalten und die Genehmigung durch das Volk möglich, wenn das überhaupt noch nötig sein sollte. Selbstverständlich ist es, daß gleichzeitig die etwa noch bestehenden politischen Dienstzweige des Völkerbundes aus Genf zu verschwinden haben.

Gottfried Keller und die Demokratie.

Von Emil Ermatinger.

In einer wissenschaftlichen Arbeit über Gottfried Kellers politische Anschaufungen ist vor einiger Zeit nachzuweisen versucht worden, daß Keller ein Demokrat wider Willen gewesen sei, indem die Grundzüge der demokratischen Staatsform seiner eigenen Natur widerstrebt hätten. Niemand, der die Schweiz und ihren Dichter kennt, wird diese Auffassung ernst nehmen. Immerhin aber wirft sie ein Problem auf, das tatsächlich besteht; denn es ist die Frage, ob Gottfried Kellers Idee der Demokratie sich mit